BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089/4126-2493, -2728
Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Paul Knoblach, Cemal Bozoglu, Kerstin Celina, Patrick Friedl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 28.11.2022

- mit Drucklegung -

„Bürger- und Parteibüro“ der Partei „Der III. Weg“ in Schweinfurt

Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ hat am Samstag, 29. Oktober 2022 in Schweinfurt ihr bundesweit viertes, in Bayern allerdings das erste von den Nazis selbst so genannte „Bürger- und Parteibüro“ eröffnet. Gegen die Eröffnung der Anlaufstelle im Schweinfurter Stadtteil Oberndorf haben rund 400 Menschen nach einem Aufruf von „Schweinfurt ist bunt“ protestiert. Die Immobilie in der Hauptstraße 16 hat ein bekannter Schweinfurter Bürger mit Firmensitz unmittelbar gegenüber an die Nazis der Partei „Der III. Weg“ vermietet. Die Eröffnung des so genannten „Bürger- und Parteibüros“ war der Partei „Der III. Weg“ so wichtig, dass der Bundesvorsitzende Matthias Fischer aus Brandenburg und die bayerische Landesvorsitzende Jasmin Eisenhardt anreisten.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Staatsregierung:

1. 1. Seit wann weiß die Staatsregierung von den Ansiedlungsplänen der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ in Schweinfurt, die der Bevölkerung laut Gerüchten seit dem Frühjahr 2022 bereits bekannt waren?
   2. Sind weitere Ansiedlungspläne der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ in Bayern bekannt?
   3. Wie reagiert die Staatsregierung auf dieses erste „Bürger- und Parteibüro“ der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ in Bayern?
2. 1. Ist der Staatsregierung bekannt woher die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung zur Eröffnung des „Bürger- und Parteibüros“ der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ stammten?
   2. Wie viele aktive Mitglieder hat die Partei „Der III. Weg“ in der Stadt Schweinfurt, dem Landkreis Schweinfurt und dem Regierungsbezirk Unterfranken?
   3. Stehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung, sowie die regionalen Mitglieder der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ unter Beobachtung?
3. 1. Welche Verbindungen der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ zu anderen rechtsextremen Zusammenschlüssen wie dem „Kollektiv Zukunft Schaffen Heimat

Schützen“ (KZHS) oder „Nord-Württemberg-Sturm“ (NWS) in der Region sind der Staatsregierung bekannt?

2. Gibt es Hinweise, dass diese Gruppierungen die Räumlichkeiten nutzen werden?
3. Sind Verbindungen der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ zu anderen, nicht eindeutig rechtsextremen, Gruppierungen vor Ort (bspw. den Greenboyz) bekannt?

4. 1. Wird das so genannte „Bürger- und Parteibüro“ der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ in der Hauptstraße des Schweinfurter Stadtteils Oberndorf überwacht?
   2. Falls ja, von welchen staatlichen Behörden, mit welchem Ziel und in welcher Form?
   3. Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass auf den zu erwartenden geschlossenen Parteiveranstaltungen rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ keine möglicherweise strafrechtlich relevanten Reden gehalten werden bzw. indizierte Musik mit gewaltverherrlichendem Inhalt gespielt wird?
5. 1. Welche Maßnahmen, beispielsweise erhöhte Polizeipräsenz vor Ort, sind geplant, um die Bevölkerung vor Übergriffen zu schützen, insbesondere jeden Freitag, wenn das „Bürger- und Parteibüro“ der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ geöffnet ist?
   2. Wie geht die Polizei mit den zu erwartenden weiteren Protesten und Aktionen der Zivilbevölkerung gegen die Ansiedlung der Rechtsextremen um, insbesondere in Hinblick auf punktuelle Straßensperren oder Präsenz vor Ort?
   3. An welche konkreten Stellen können sich die Bürgerinnen und Bürger wenden, wenn die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“ Flugblätter o.Ä. mit möglicherweise strafrechtlich relevantem Inhalt verteilt?
6. 1. Sind der Staatsregierung die auf der Homepage der Partei „Der III. Weg“ veröffentlichte Hetze gegen die protestierende Zivilbevölkerung bekannt?
   2. Wie reagiert die Staatsregierung darauf bzw. werden aufgrund der Sprache und Intention Ermittlungen eingeleitet?
7. 1. Wie reagiert die Staatsregierung auf die Lockangebote der rechtsextremen Partei, wie beispielsweise Kleidungskammer, Lebensmittelspenden oder Tiertafel?
   2. Wird bei der Polizei in Schweinfurt eine Beratungsstelle zum Umgang mit den Neonazis eingerichtet?
   3. Ist Aufklärung in anderer Weise, möglicherweise in Kooperation mit dem demokratischen Bündnis „Schweinfurt ist bunt“ oder anderen Initiativen, geplant?
8. 1. Plant die Staatsregierung eine Kontaktaufnahme zum Schweinfurter Vermieter der Räume mit dem Ziel, dass dieser die Räume wieder kündigt bzw. hat die Staatsregierung Kenntnis von derartigen Unternehmungen Dritter?
   2. Sind der Staatsregierung die erfolgreich eingelegten Rechtsmittel bekannt, die zu einer Verhinderung der Ansiedlung der Partei „Die Rechte“ in einer Gaststätte in Stammheim (Landkreis Schweinfurt) vor einigen Jahren geführt haben?
   3. Steht man diesbezüglich in Kontakt mit der Stadt Schweinfurt, konkret mit dem Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt, der öffentlich und eindringlich gegen die "nachweisbar neonazistische Partei" Stellung bezogen hat?